
Prot. Nr.

Lehrperson mit unbefristetem Arbeitsvertrag

geboren am in

Matr.

Sonderurlaub gemäß Art. 42, Absatz 5 des Legislativdekretes Nr. 151 vom 26.03.2001

Nach Einsichtnahme in:

den Art. 11 des Landesgesetzes vom 29.06.2000, Nr. 12;
den Art. 34 der Anlage 4 des Einheitstextes der Landeskollektivverträge vom 23.04.2003;
den Art. 4, Absatz 2 des Gesetzes Nr. 53 vom 08.03.2000, welcher einen unbezahlten Sonderurlaub aus schwerwiegenden Familiengründen von insgesamt nicht mehr als 2 Jahren vorsieht;
den Art. 42, Absatz 5 des Legislativdekretes Nr. 151 vom 26.03.2001, welcher für die Dauer des Sonderurlaubes die Zuerkennung einer Zulage im Ausmaß der letzten Besoldung innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen jährlichen Höchstgrenze vorsieht;
den Art. 3, Absatz 6 des Gesetzes Nr. 350 vom 24.12.2003;
das Rundschreiben des INPDAP Nr. 31 vom 12.05.2004;
das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 233 vom 08.06.2005 (für Geschwister falls zutreffend);
das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 158 vom 18.04.2007 (für Ehepartner falls zutreffend);
das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 19 vom 26.01.2009 (für Kinder falls zutreffend);
das Ansuchen der Lehrperson vom ;

festgestellt,

dass die Lehrperson ein Vollzeitdienstverhältnis innehat;
dass die Lehrperson die vorgesehenen Bedingungen für die Inanspruchnahme dieses Sonderurlaubes erfüllt;
dass der Lehrperson bereits folgender Zeitraum im Rahmen dieses Sonderurlaubes gewährt worden ist:

von	bis	Monate	Tage

dass für die zu betreuende Person bereits folgender Zeitraum im Rahmen dieses Sonderurlaubes oder des unbezahlten Sonderurlaubes gemäß Artikel 4, Absatz 2 des Gesetzes Nr. 53/2000 gewährt worden ist:

von	bis	Monate	Tage

wird folgendes mitgeteilt:

1. Der obgenannten Lehrperson wird der Sonderurlaub gemäß Art. 42, Absatz 5 des Legislativdekretes Nr. 151 vom 26.03.2001 vom bis gewährt. (Monate / Tage)
2. Während des genannten Zeitraumes steht der Lehrperson die letztbezogene Besoldung innerhalb des gesetzlich vorgesehenen Jahreshöchstbetrages zu.
3. Dieser Zeitraum wird nicht angerechnet für das Dienstalter, für den ordentlichen Urlaub und die Abfertigung. Er zählt aber für das Ruhegehalt und das 13. Monatsgehalt.
4. Rechtsmittelbelehrung: Gegen diese Maßnahme kann gemäß Art. 63 des Legislativdekretes vom 30.03.2001, Nr. 165 Rechtsbeschwerde beim ordentlichen Gericht eingereicht werden. Einer Klage muss jedenfalls ein Schlichtungsversuch vorausgehen.

Anmerkung:

Die Schulführungskraft

An die Lehrperson
An das Schulamt
An das Gehaltsamt für Lehrpersonal
Zu den Akten der Schule